

Europa und Internationales

Innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen statt vertikaler Industriepolitik!

Susanne Cassel, Dirk Schlotböllner

Die deutsche Wirtschaft sieht sich derzeit gleichermaßen mit internationalen Herausforderungen und hausgemachten Problemen konfrontiert. Unternehmen müssen mit den Folgen geopolitischer Konflikte, der US-Zollpolitik sowie insgesamt zunehmendem Protektionismus umgehen. Gleichzeitig belasten hohe Arbeits- und Energiekosten, der Fachkräftemangel sowie Steuer- und Bürokratielasten ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Jahrzehntelang hat die Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und internationaler Arbeitsteilung die Produktivität vor allem in der deutschen Exportindustrie gesteigert und damit hohe Löhne auch in anderen Wirtschaftszweigen ermöglicht. Diese Globalisierungsdividende fällt künftig kleiner aus. Die Produktivität wächst seit einigen Jahren kaum noch. Die lange Zeit starke Wettbewerbsposition in der Hochtechnologie dürfte den Innovationsdruck geschmälert haben. So hat beispielsweise das FuE-Engagement in der Automobilbranche lange stagniert, erst seit 2020 lässt sich ein deutlicher Anstieg verzeichnen – auch wegen der zunehmenden Konkurrenz aus China. China hat sich vom komplementären Handelspartner zum strategischen Rivalen entwickelt. Dabei profitieren chinesische Unternehmen von verzerrten Wettbewerbsbedingungen durch direkte Subventionen, eine unterbewertete Währung und weitere Handelsschutzinstrumente. Infolgedessen sehen sich deutsche Unternehmen zu Personalabbau und Verlagerung an günstigere Standorte gezwungen. Gleichzeitig wird das Klima für ausländische Unternehmen in China ungünstlicher: Investoren waren zwar lange willkommen, müssen sich aber zunehmend um Knowhow-Abzug und Marktzugang sorgen. Einige ziehen sich komplett zurück. Zunehmend zeigt sich jedoch, dass auch Chinas Möglichkeiten endlich sind. Hanna Hottenrott resümiert: „Chinas industriepolitisches Modell hat sich als teuer erwiesen, mit einem schlechten Preis-Leistungs-Verhältnis“.

Seit seinem WTO-Beitritt hat China die

Vorteile des offenen Welthandelssystems genutzt, selbst aber vielfach die Regeln missachtet. Dies hat zur Erosion des Welthandelssystems beigetragen. Jürgen Matthes schlussfolgert daraus: „Die Zeitenwende zwingt uns dazu, Sand ins Getriebe der Globalisierung und der internationalen Geschäfte der deutschen Wirtschaft zu streuen.“ Ein wunder Punkt ist die Importabhängigkeit der deutschen Industrie von China, nicht nur bei Seltenen Erden. Dabei ist diese aufgrund der tiefen Verflechtung vielfach nicht einmal bekannt. Insgesamt ist die deutsche Exportwirtschaft aber breit aufgestellt und nicht zu stark von einzelnen Märkten abhängig. Das Exportwachstum im Handel mit Indien konnte beispielsweise die rückläufigen Lieferungen nach China seit 2019 fast ausgleichen. Eine weitere Diversifizierung ist allerdings nötig und auch möglich. Dazu sollte die EU Freihandelsabkommen mit Partnern in Lateinamerika und Asien vorantreiben.

„Um angesichts der vielfältigen Herausforderungen wettbewerbsfähig zu bleiben, muss sich die deutsche Wirtschaft an die neuen Bedingungen anpassen. Dazu gehört auch, nicht zu lange an Geschäftsfeldern ohne langfristige Wettbewerbsperspektive festzuhalten und dadurch Arbeitskräfte und Kapital zu binden, die in aufstrebenden Unternehmen mittelfristig produktiver eingesetzt werden könnten“, sagt Lukas Bertram. Der Fachkräftemangel in Kombination mit langen Bezugsmöglichkeiten von Kurzarbeitergeld dürfte das „Horten“ von Beschäftigten verstärkt haben, die dann anderswo fehlen.

Zentrale Aufgabe der Politik ist es, innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, d. h. Wettbewerb, Produktivität und Resilienz zu stärken. Das erfordert in vielen Bereichen eine europäische Perspektive, beispielsweise in der Grundlagenforschung und der (kritischen) Infrastruktur. Bürokratische Hemmnisse und Binnenmarkthürden sollten zügig abgebaut werden, da sie den Wettbewerb einschränken und Markteintritte verhindern. Das bankenbasierte Finanzsystem erweist sich zwar als stabilisierend, begünstigt aber bestehende Strukturen gegenüber aufstrebenden, riskanteren Geschäftsmodellen, gerade Sprunginnovationen. „Viele gute und neue Ideen bekommen wir ohne Finanzierung nicht auf die Straße“, berichtet Unternehmerin Sarah Schniewindt, „die Vollenendung der europäischen Kapitalmarktunion würde Produkt-, Prozess- und Geschäftsmodellinnovationen starken Auftrieb geben.“

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Die strukturelle und konjunkturelle Schwäche hat zur längsten Rezession in der bundesdeutschen Geschichte geführt.
- Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Industriestandort ist gefährdet.
- Unterschiedliche Herausforderungen erfordern gezielte unternehmerische und wirtschaftspolitische Reaktionen.

Politikempfehlungen:

- Wettbewerb sichern – auch gegenüber unfairen Praktiken Chinas.
- Hausgemachte Standortnachteile in Deutschland reduzieren.
- Gemeinsamen EU-Binnenmarkt und Kapitalmarktunion vorantreiben.

Gegenüber einer auf die Rahmenbedingungen zielenden horizontalen Industriepolitik ist eine vertikale Industriepolitik, die selektiv Branchen oder sogar Unternehmen unterstützt, mit vielfältigen Herausforderungen verbunden. Zentral stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien „zukunftssträchtige“ Geschäftsfelder identifiziert werden sollen. Will Politik „kritische Abhängigkeiten“ verhindern, lässt sich dies nicht allein an Importmengen festmachen, vielmehr müssten auch eine besondere Relevanz des entsprechenden Produkts und geringe Substitutionsmöglichkeiten vorliegen. Das Wissensproblem der Politik, Abgrenzungsfragen und die Lobby-Anfälligkeit interventionistischer Politik zeigen die Grenzen eines solchen Ansatzes.

Letztlich ist es Aufgabe der Unternehmen zu schauen, wo langfristig komparative Kostenvorteile oder Innovationsvorsprünge bestehen. Politik sollte den notwendigen Strukturwandel nicht bremsen, auch wenn er schmerzhaft ist und Partikularinteressen dagegenstehen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „China-Schock 2.0, De-Globalisierung, Transformation: Ist das deutsche Industriemodell am Ende?“ im Rahmen der Jahrestagung 2025 des Vereins für Socialpolitik mit Lukas Bertram (ZOE Institut für zukunftsfähige Ökonomien), Prof. Dr. Hanna Hottenrott (TU München / ZEW), Jürgen Matthes (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) und Dr. Sarah Schniewindt (Schniewindt GmbH & Co. KG, Neuenrade). Moderation: Dr. Susanne Cassel (ECONWATCH).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e. V.
Rykestr. 40
10405 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org